

Unterlagen für Ihre Mitgliedschaft im bdla

Vielen Dank für Ihr Interesse! Bitte beachten Sie, dass Sie mit der Mitgliedschaft im Bundesverband gleichzeitig die Mitgliedschaft in einem Landesverband erwerben.

Auf den nachfolgenden Seiten finden Sie folgende Dokumente zu Ihrer Mitgliedschaft:

- Satzung des bdla-Bundesverbands
- Beitragsordnung des bdla-Bundesverbandes
- Beitragsübersicht Bundesverband
- Mitgliederordnung des bdla-Bundesverbands
- Satzung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen
- Beitragsordnung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen
- Aufnahmeordnung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen
- Geschäftsordnung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen
- Berufsgrundsätze der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

Den Antrag auf Mitgliedschaft senden Sie an die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen.

Bitte reichen Sie Ihren Mitgliedsantrag bevorzugt per Mail an bdlanw@bdla.de ein, vielen Dank!

Haben Sie Fragen zu Ihrer Mitgliedschaft in der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen?

Bund Deutscher Landschaftsarchitekten bdla
Landesgeschäftsstelle Nordrhein-Westfalen e.V.
Judith Dohmen-Mick
Scheifeshütte 15
47906 Kempen
Tel. 0 21 52/14 84 90
Fax 0 21 52/14 84 92
E-Mail: bdlanw@bdla.de

Ihr Kontakt zu allgemeinen Fragen der Mitgliedschaft:

Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen bdla
Wilhelmine-Gemberg-Weg 6, Aufgang A
10179 Berlin
Tel.: 0 30/27 87 15 - 15
Fax: 0 30/27 87 15 - 55
E-Mail: info@bdla.de

Satzung

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen »Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen bdla«, nachfolgend »bdla« genannt.
2. Der bdla hat seinen Sitz in Berlin und ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg eingetragen. Er unterhält an seinem Sitz eine Bundesgeschäftsstelle.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck

1. Der bdla ist der freiwillige Zusammenschluss von Architekt:innen der Fachrichtung Garten- und/oder Landschaftsarchitektur (nachfolgend »Landschaftsarchitekt:innen« genannt) sowie von Personen, die eine Ausbildung in den Fachrichtungen der Landschaftsarchitektur an einer Universität oder Fachhochschule abgeschlossen haben, soweit sie in Deutschland tätig sind oder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, nach Maßgabe dieser Satzung und der dazu beschlossenen Mitgliederordnung.

Die nachfolgenden personenbezogenen Benennungen beziehen sich auf Personen jeden Geschlechts.

2. Der bdla vertritt die fachlichen und wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder.
3. Der bdla verfolgt keine religiösen, parteipolitischen oder eigenwirtschaftlichen Ziele.

§ 3 Aufgaben

1. Der bdla verfolgt insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) Wahrnehmung der berufsständischen Interessen der Landschaftsarchitekt:innen gegenüber Öffentlichkeit, Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur und anderen berufsständischen Organisationen;
 - b) Vertretung der fachlichen Interessen der Landschaftsarchitekt:innen;
 - c) regelmäßige Information der Mitglieder über die wesentlichen und aktuellen berufsständischen Angelegenheiten;
 - d) Beteiligung an der Berufsausbildung und Weiterbildung der Landschaftsarchitekt:innen, Förderung von Wissenschaft und Technik;
 - e) Vertretung des Berufsstandes der deutschen Landschaftsarchitekt:innen in nationalen und internationalen Organisationen, insbesondere in der International Federation of Landscape Architects (IFLA) und International Federation of Landscape Architects Europe;
 - f) Überprüfung der Einhaltung der Berufsgrundsätze durch seine Mitglieder;
 - g) Übernahme und Vergabe von berufsstandsbezogenen Aufträgen, soweit diese nicht in den Tätigkeitsbereich von Landschaftsarchitekt:innen fallen.
2. Die Organe des bdla können die Wahrnehmung weiterer Aufgaben beschließen.
3. Der bdla kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben auch an anderen Organisationen und Gesellschaften beteiligen.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Der bdla ist ein Wahlbund. Ein Rechtsanspruch auf Mitgliedschaft besteht nicht.
2. Die Mitgliedschaft kann nach Maßgabe der Mitgliederordnung erworben oder verliehen werden als
 - a) ordentliches Mitglied,
 - b) außerordentliches Mitglied,

c) korrespondierendes Mitglied,

d) Ehrenmitglied.

3. Als ordentliche Mitglieder sind die Personen aufzunehmen, die berechtigt sind, die Berufsbezeichnung »Garten- und Landschaftsarchitektin« bzw. »Garten- und Landschaftsarchitekt« oder »Landschaftsarchitektin« bzw. »Landschaftsarchitekt« zu führen.

4. Als außerordentliches Mitglied können aufgenommen werden:

a) Personen mit einem Studienabschluss in den Fachrichtungen der Landschaftsarchitektur, die nicht zur Führung der in Absatz 3 genannten Berufsbezeichnung berechtigt sind.

b) Angehörige anderer Fachdisziplinen, die überwiegend in den Bereichen der Landschaftsarchitektur tätig sind, sofern sie die Satzung und Berufsgrundsätze des bdla anerkennen und sich an diese halten.

Außerordentliche Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten wie ordentliche Mitglieder, sofern in dieser Satzung, der Mitgliederordnung und der Beitragsordnung nichts anderes geregelt ist.

5. Als korrespondierende Mitglieder kann das Präsidium solche Personen berufen, die, ohne die Voraussetzungen für eine ordentliche oder außerordentliche Mitgliedschaft zu erfüllen, die Zielsetzungen des bdla aktiv unterstützen. Sie haben die Rechte und Pflichten eines ordentlichen Mitgliedes mit Ausnahme des Stimmrechtes und des aktiven und passiven Wahlrechtes, soweit in dieser Satzung, der Mitgliederordnung und der Beitragsordnung nichts anderes geregelt ist.

6. Die Ehrenmitgliedschaft kann auf Antrag einer Landesgruppe oder des Präsidiums vom Beirat Persönlichkeiten verliehen werden, die sich um den bdla oder die Interessen der Landschaftsarchitekt:innen in besonderer Weise verdient gemacht haben. Sie stehen einem ordentlichen Mitglied gleich, sind jedoch von der Beitragspflicht befreit.

7. Die Aufnahme eines Mitglieds erfolgt gemäß der Mitgliederordnung des bdla, die Bestandteil der Satzung ist.

8. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt oder durch Ausschluss des Mitgliedes. Der Austritt kann nur zum Ende eines Kalenderjahres erklärt werden; die Erklärung ist schriftlich an die Bundesgeschäftsstelle zu richten und muss spätestens bis zum 30. September des laufenden Kalenderjahres dort eingegangen sein. Der Ausschluss eines Mitgliedes wird durch die Mitgliederordnung geregelt.

9. Als Juniormitglieder können die Landesgruppen nach eigenem Ermessen Studierende und Absolvent:innen der Fachrichtungen der Landschaftsarchitektur, die Mitglied im bdla werden wollen, nach näherer Maßgabe der Mitgliederordnung aufnehmen.

§ 5 Landesgruppen

1. Die Mitglieder in einem Bundesland bilden eine Landesgruppe; die Mitglieder aus mehreren Bundesländern können sich zu einer Landesgruppe zusammenschließen.

2. Die Mitgliedschaft in der Landesgruppe wird durch die Aufnahme in den bdla erworben; jedes Mitglied gehört der Landesgruppe an, an die der Aufnahmeantrag nach der Mitgliederordnung zu richten ist. Näheres regelt die Mitgliederordnung. Die Beendigung der Mitgliedschaft im bdla hat die Beendigung der Mitgliedschaft in den Landesgruppen zur Folge.

3. Die Satzung einer Landesgruppe darf der Satzung des bdla nicht widersprechen. Die Rechte und Pflichten des Mitgliedes gegenüber dem bdla bleiben durch die Satzungsbestimmungen der Landesgruppe unberührt. Aufstellung und Änderung der Satzung einer Landesgruppe sind der Bundesgeschäftsstelle des bdla unverzüglich mitzuteilen.

4. Die Landesgruppen können eine eigene Rechtsform annehmen.
5. Jede Landesgruppe nimmt in ihrem Bereich neben den Aufgaben des bdla gemäß § 3 die landesspezifischen Belange der Mitglieder, erforderlichenfalls in Abstimmung mit den Organen des bdla, wahr.
6. Jede Landesgruppe ist berechtigt, in Vertretung ihrer Mitglieder Anträge an die Organe des bdla zu stellen.
7. Die Landesgruppen können für ihre Mitglieder Zusatzbeiträge beschließen.
8. Die Niederschriften über die Mitgliederversammlungen der Landesgruppen sind unaufgefordert und unverzüglich der Bundesgeschäftsstelle zuzuleiten.

§ 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Jedes Mitglied ist berechtigt, gemäß den jeweils geltenden Teilnahme- und Kostenbestimmungen,
 - a) an den allgemeinen Veranstaltungen des bdla und seiner Landesgruppe teilzunehmen,
 - b) Einrichtungen und Dienstleistungen des bdla und seiner Landesgruppe in Anspruch zu nehmen,
 - c) die regelmäßigen Mitgliederinformationen und die Veröffentlichungen des bdla zu erhalten und zu verwenden,
 - d) Leistungen anderer Organisationen in Anspruch zu nehmen, soweit die Mitgliedschaft des bdla oder seiner Landesgruppe bei diesen Organisationen den Zugang zu diesen Leistungen eröffnet.
2. Die ordentlichen Mitglieder sind berechtigt, die den landesgesetzlichen Bestimmungen bzw. ihrem Ausbildungsstand entsprechende Berufsbezeichnung mit dem Zusatz »bdla« zu führen. Die außerordentlichen Mitglieder sind berechtigt, neben ihrem Ausbildungsstand den Zusatz »im bdla« zu führen.
3. Jedes ordentliche und außerordentliche Mitglied ist berechtigt, über die Bundesgeschäftsstelle Anträge an die nach Maßgabe dieser Satzung zuständigen Organe des bdla zu stellen.
4. Jedes Mitglied ist verpflichtet,
 - a) die Ziele des bdla zu fördern und dem bdla Auskünfte zu erteilen, soweit diese zur Erreichung der Ziele notwendig sind,
 - b) die Berufsgrundsätze gemäß der Mitgliederordnung des bdla anzuerkennen und einzuhalten,
 - c) Mitgliedsbeiträge gemäß den Bestimmungen der Beitragsordnung des bdla zu zahlen.

§ 7 Organe und Einrichtungen

1. Organe des bdla sind
 - a) der Beirat,
 - b) das Präsidium.
2. Als Einrichtungen können von dem nach dieser Satzung hierfür zuständigen Organ berufen werden
 - a) Fachsprecher:innen zur Erfüllung der ständigen Aufgaben des bdla für einen Zeitraum von drei Jahren,
 - b) Arbeitskreise zur dauerhaften Bearbeitung grundsätzlicher Aufgaben,
 - c) Arbeitsgruppen zur Behandlung aktueller Fragen.
3. Sämtliche Mitglieder der Organe, Arbeitskreise und Arbeitsgruppen sowie die Fachsprecher:innen sind ehrenamtlich tätig. Sie unterliegen hinsichtlich der Übernahme von Aufträgen im Rahmen ihrer Berufsausübung keinerlei Einschränkungen. Reisekosten und bare Auslagen werden nach der Reisekostenordnung des bdla oder gemäß den Beschlüssen des Beirates erstattet. Die Mitglieder des Präsidiums und die Fachsprecher:innen erhalten eine Aufwandsentschädigung, deren Höhe vom Beirat beschlossen wird.

4. Die Amtszeit eines Mitgliedes eines Organes, Arbeitskreises oder Arbeitsgruppe sowie von Fachsprecher:innen beginnt mit dem Ende der Sitzung, auf der die Wahl oder Berufung erfolgt, frühestens jedoch mit deren Annahme. Sie endet mit Beginn der Amtszeit der gewählten nachfolgenden Person oder durch Rücktritt, Abwahl oder Abberufung.

5. Sonstige Einrichtungen des bdl

a) Mitgliederversammlung:

Diese findet auf Einladung des Präsidiums, gegebenenfalls nach Beschluss des Beirates oder auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der ordentlichen Mitglieder des bdl

b) Bundesgeschäftsstelle:

Diese erledigt unter der Leitung der Bundesgeschäftsführung die laufenden Angelegenheiten nach Anweisung des Präsidiums und auf der Grundlage der Beschlüsse des Beirates.

c) Ombudsperson:

Die Ombudsperson ist eine Einrichtung zur niederschweligen und informellen Vermittlung bei Konflikten sowohl zwischen Mitgliedern des bdl

d) Schlichtungsausschuss:

Dieser besteht aus dem Justiziar/der Justiziarin des bdl

6. Das Präsidium kann weitere Einrichtungen begründen; soweit die Einrichtung mit laufenden Kosten verbunden ist, bedarf ihre Gründung der Zustimmung des Beirates.

§ 8 Sitzungen und Beschlussfassungen

1. Sitzungen der Organe, Arbeitskreise und Arbeitsgruppen des bdl

2. Soweit in dieser Satzung nichts anderes geregelt ist, hat jedes stimmberechtigte Mitglied eines Organs oder einer Einrichtung eine Stimme, die nicht übertragbar ist. Jede ordnungsgemäß einberufene Sitzung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig. Beschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit in dieser

Satzung oder durch zwingende gesetzliche Vorschriften nichts Gegenteiliges geregelt ist. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben bei der Stimmzählung unberücksichtigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der Sitzungsleitung. Beschlussfassungen erfolgen in offenen Abstimmungen durch Handaufheben, sofern nicht ein Mitglied des Organs geheime Abstimmung beantragt.

3. Personalwahlen finden grundsätzlich in geheimer Abstimmung statt. Gewählt ist, wer die größte Stimmenzahl auf sich vereinigt (relative Mehrheit). Bei Stimmengleichheit zwischen den Kandidierenden mit der höchsten Stimmenzahl findet zwischen diesen eine Stichwahl statt.

4. Mit Zustimmung und Beteiligung aller Mitglieder eines Organs oder einer Einrichtung können Beschlüsse auch im schriftlichen Verfahren außerhalb einer Sitzung gefasst werden. Das Beschlussergebnis ist den Mitgliedern des Organs oder der Einrichtung anschließend schriftlich mitzuteilen.

§ 9 Beirat

1. Der Beirat besteht aus den Vorsitzenden der Landesgruppen, die sich durch ein Mitglied ihrer Landesgruppe vertreten lassen können, den Mitgliedern des Präsidiums sowie den Fachsprecher:innen.

2. Die Vorsitzenden der Landesgruppen oder ihre Vertreter:innen haben im Beirat je eine Stimme sowie zusätzliche Stimmen, deren Zahl sich nach der Summe aller Mitglieder ihrer Landesorganisation (ohne Juniormitglieder) richtet:

- bis zu 15 Mitglieder 1 Stimme
- bis zu 30 Mitglieder 2 Stimmen
- bis zu 60 Mitglieder 3 Stimmen
- bis zu 90 Mitglieder 4 Stimmen
- bis zu 125 Mitglieder 5 Stimmen
- bis zu 160 Mitglieder 6 Stimmen
- bis zu 200 Mitglieder 7 Stimmen

darüber hinaus für je angefangene 40 Mitglieder 1 Stimme

Die Vorsitzenden der Landesorganisationen oder ihre Vertreter:innen üben ihr Stimmrecht einheitlich im Auftrage der von ihnen vertretenen Mitglieder aus.

3. Die ordentliche Beiratssitzung findet einmal jährlich statt. Auf Beschluss des Präsidiums oder auf Antrag von mindestens einem Viertel der im Beirat vertretenen Stimmen kann eine außerordentliche Beiratssitzung einberufen werden.

4. Die Einladung zur Beiratssitzung soll spätestens acht Wochen vor der Sitzung schriftlich den Beiratsmitgliedern unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung zugesandt werden; maßgebend ist das Datum der Absendung.

Anträge zur Tagesordnung müssen spätestens sechs Wochen vor der Sitzung bei der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sein; diese unterrichtet unverzüglich den Präsidenten/die Präsidentin über die fristgerecht eingegangenen Anträge.

Später eingehende Anträge zur Tagesordnung können nur noch mit der Zustimmung aller anwesenden Mitglieder der Beiratssitzung zugelassen werden.

5. Aufgaben des Beirats sind

a) Beschlussfassung über den Jahreshaushalt,

- b) Beschlussfassung über die Höhe der Mitgliedsbeiträge,
- c) Wahl und Abwahl des Vorstandes sowie Entlastung des Vorstandes und der Bundesgeschäftsführung,
- d) Wahl und Abwahl der Fachsprecher:innen sowie der Rechnungsprüfenden,
- e) Beschlussfassungen und Diskussion aufgrund der Jahresberichte des Präsidenten/der Präsidentin, der Bundesgeschäftsführung, der Vorsitzenden der Landesgruppen, der Fachsprecher:innen, der Vorsitzenden der Arbeitskreise und Arbeitsgruppen sowie der Rechnungsprüfenden,
- f) Entscheidungen in berufsständischen und berufsfachlichen Grundsatzfragen,
- g) Satzungsänderungen mit der 3/4-Mehrheit der Stimmen,
- h) Erlass und Änderung der Mitgliederordnung, der Beitragsordnung und der Reisekostenordnung,
- i) Ernennung von Ehrenmitgliedern des bdla und seiner Organe.
- j) Entscheidung über die Auflösung des bdla gemäß §11.

§ 10 Präsidium

1. Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten/der Präsidentin, einem oder zwei Vizepräsident:innen und dem Schatzmeister/der Schatzmeisterin (Vorstand im vereinsrechtlichen Sinne) sowie bis zu drei Präsidialbeisitzer:innen. Die Mitglieder des Präsidiums, ausgenommen die Präsidialbeisitzer:innen, sind alleinvertretungsbefugt.
2. Die Amtsdauer der Mitglieder des Vorstandes beträgt drei Jahre; zweimalige Wiederwahl ist möglich. Die Möglichkeit der Wahl oder Berufung in ein anderes Vorstandsamt bleibt unberührt. Die Mitglieder des Vorstandes werden umschichtig gewählt. Wählbar sind nur ordentliche Mitglieder des bdla.
3. Die Präsidialbeisitzer:innen werden vom Präsidenten/von der Präsidentin maximal für die Dauer seiner/ihrer Amtszeit berufen. Sie stehen dem Präsidenten/der Präsidentin für die Wahrnehmung besonderer Aufgaben zur Verfügung.
4. Der Präsident/die Präsidentin vertritt den bdla gerichtlich und außergerichtlich. Der Präsident/die Präsidentin beruft und leitet die Sitzungen des Präsidiums und der übrigen Organe des bdla, er/sie hat Sitz und Stimme in den Mitgliederversammlungen der Landesgruppen. Der Präsident/die Präsidentin erteilt die Anweisungen an die Bundesgeschäftsstelle in den laufenden Angelegenheiten und wählt die Beisitzer:innen des Schlichtungsausschusses im Falle von Streitigkeiten unter den Mitgliedern des bdla aus. Ist der Präsident/die Präsidentin verhindert, treten an seine/ihre Stelle die Vizepräsident:innen in der Reihenfolge ihrer Amtsdauer, danach der Schatzmeister/die Schatzmeisterin. Für die Verhinderung bedarf es keines Nachweises. Die vorstehenden Regelungen gelten nur im Innenverhältnis und lassen die Alleinvertretungsbefugnis im Rechtsverkehr nach § 10 Ziff. 1 unberührt.
5. Aufgaben des Präsidiums sind
 - a) die Erfüllung der Aufgaben des bdla auf der Grundlage der Satzung, des genehmigten Haushaltsplanes und der Beschlüsse der übrigen Organe des bdla, soweit diese nicht zuständig sind,
 - b) die Vorbereitung der Sitzungen der übrigen Organe des bdla einschließlich der Entgegennahme von Anträgen,
 - c) die Unterstützung und Überwachung der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle bei Erledigung der laufenden Angelegenheiten sowie der Erlass einer Geschäftsordnung für die Bundesgeschäftsführung, soweit erforderlich,

- d) die Einstellung und Entlassung der Bundesgeschäftsführung sowie des Personals der Bundesgeschäftsstelle,
 - e) Wahl und Abwahl der Mitglieder der Arbeitskreise und ihrer Vorsitzenden sowie die Bildung der Arbeitsgruppen und die Wahl und Abwahl der Mitglieder der Arbeitsgruppen und ihrer Vorsitzenden,
 - f) die Prüfung und Durchsetzung der Ergebnisse der Tätigkeit der Arbeitskreise, Arbeitsgruppen und Fachsprecher:innen, soweit nicht andere Organe des bdla hierfür zuständig sind,
 - g) die Bestellung des Justiziers/der Justiziarin,
 - h) die Vorbereitung des Haushaltsplanes,
 - i) die Entscheidung in dringenden Angelegenheiten und der Einsatz außerplanmäßiger finanzieller Mittel, soweit erforderlich, bis zur Gesamthöhe von 75.000,00 Euro pro Haushaltsjahr,
 - j) die Ausübung des Rügerechtes gegenüber den Mitgliedern und Landesgruppen des bdla bei Verstoß gegen die Satzung oder die Mitgliederordnung,
 - k) die Entscheidungen über Einsprüche gemäß der Mitgliederordnung,
 - l) die Berufung der korrespondierenden Mitglieder des bdla,
 - m) Verleihung des Deutschen Landschaftsarchitektur-Preises und Berufung des für die Entscheidung über die Preisverleihung zuständigen Preisgerichtes,
 - n) die Vornahme formaler Satzungsänderungen, die - ohne inhaltliche Änderung - zur Anerkennung und Eintragung der von den zuständigen Organen beschlossenen Satzung oder ihrer Änderungen erforderlich sind.
6. Entscheidungen der Organe des bdla, die mit dem geltenden Haushalt nicht in Übereinstimmung stehen, dürfen gegen den Widerspruch des Schatzmeisters/der Schatzmeisterin (Vetorecht) nicht ausgeführt werden.

§ 11 Auflösung des bdla, Änderungen des Vereinszwecks

1. Über die Auflösung des bdla entscheidet der Beirat auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Drittel der ordentlichen Mitglieder an das Präsidium, das den Antrag unverzüglich an die Mitglieder des Beirates weiterleitet. Der Beschluss über die Auflösung bedarf der $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der Stimmen aller Beiratsmitglieder.
2. Bei Auflösung des bdla werden die noch unerledigten Angelegenheiten durch das Präsidium abgewickelt. Es kann ein Liquidator/eine Liquidatorin bestellt werden. Über die Verwendung des Vermögens wird von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit beschlossen.
3. Für die Beschlussfassung über die Änderung des Vereinszwecks gilt die Regelung in Abs. 1 entsprechend.

§ 12 Inkrafttreten

Die vorstehende Satzung wurde vom Beirat des bdla in seiner Sitzung am 31. März 1996 beschlossen und zuletzt geändert durch den Beschluss des Beirates vom 31. März 2023. Sie tritt, ggf. mit den zur Eintragung noch erforderlich werdenden Änderungen, mit dem Tage ihrer Eintragung in das Vereinsregister in Kraft und ersetzt von diesem Tage an die bisher geltende Satzung.

Beitragsordnung des bdl

1. Festsetzung und Erhebung der Mitgliedsbeiträge

1.1 Die Mitglieder des Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen bdl (nachfolgend »bdla« genannt) sind verpflichtet, an den bdl Mitgliedsbeiträge gemäß den nachstehenden Vorschriften zu entrichten. Diese gelten in gleicher Weise für ordentliche wie auch für außerordentliche Mitglieder. Das Recht der Landesgruppen des bdl, zusätzliche Beiträge für ihre Landesgruppe zu erheben, bleibt hiervon unberührt.

1.2 Die jährlich von den Mitgliedern des bdl zu zahlenden Beiträge werden vom Beirat mit der relativen Mehrheit der abgegebenen Stimmen festgesetzt. Soweit der Beirat nichts anderes beschlossen hat, gelten sie ab dem auf die Festsetzung folgenden Kalenderjahr und bleiben bis zu einer Neufestsetzung verbindlich.

1.3 Die Erhebung der Beiträge erfolgt durch die Bundesgeschäftsstelle auf der Grundlage der Beschlüsse des Beirates gemäß den nachfolgenden Bestimmungen.

2. Selbstständige Mitglieder

Der Beitrag für selbstständige Mitglieder errechnet sich aus dem Grundbeitrag und den Zuschlägen für technische Mitarbeiter:innen, die in den Bereichen der Landschaftsarchitektur tätig sind, unabhängig davon, ob sie im Bereich der Planung, Bauleitung, Projektsteuerung, Organisation, Beratung, als Sachverständige:r, Gutachter:in, Schriftsteller:in, Journalist:in oder in sonstiger Weise tätig sind.

2.1 Grundbeitrag

Der Grundbeitrag für alle selbstständigen Mitglieder beträgt 600 €.

2.2 Personengesellschaften

Üben mehrere bdl-Mitglieder ihre Tätigkeit in Form einer Personengesellschaft aus, zahlt nur eine Gesellschafterin/ein Gesellschafter 600 €, die weiteren Gesellschafter:innen je 300 €. Für Gesellschafter:innen, die nicht Mitglied des bdl sind, sind Zuschläge wie für technische Mitarbeiter:innen zu entrichten.

2.3 Juristische Personen

Geschäftsführende Personen oder Gesellschafter:innen einer GmbH oder sonstiger juristischer Personen zahlen Beiträge wie selbstständige Mitglieder. Die Vorschriften für Personengesellschaften gelten entsprechend.

2.4 Beitragsermäßigung

Selbstständige Mitglieder mit einem nachgewiesenen Jahresumsatz aus selbstständiger Tätigkeit im Bereich der Landschaftsarchitektur unter 60.000 € zahlen 300 €. Zu Grunde zu legen ist dabei der Umsatz des Vorjahres. Bei Mitgliedern einer Personengesellschaft oder Gesellschafter:innen einer juristischen Person ist der anteilige Umsatz maßgebend. Bei Inanspruchnahme einer Beitragsreduzierung ist ein geeigneter Nachweis über den Jahresumsatz des Vorjahres bis zum 31. März der Bundesgeschäftsstelle zu übermitteln.

2.5 Zuschläge für technische Mitarbeiter:innen

Selbstständige Mitglieder zahlen zuzüglich zum Grundbeitrag einen Zuschlag für technische Mitarbeiter:innen.

Als technische Mitarbeiter:innen gelten die regelmäßig im Büro des Mitglieds tätigen Personen, einschließlich freier Mitarbeiter:innen. Keine technischen Mitarbeiter:innen im Sinne dieser Regelung sind kaufmännische Angestellte, Sekretariatsangestellte, Student:innen, Auszubildende und Praktikant:innen. Soweit eine technische Mitarbeiterin/ein technischer Mitarbeiter Mitglied im bdla ist, steht es dem selbstständigen Mitglied frei, diese Mitarbeiterin/diesen Mitarbeiter in die Berechnung des Zuschlags einzubeziehen. Wählt das selbstständige Mitglied diesen Weg, so entfällt der persönliche Mitgliedsbeitrag des angestellten Mitglieds gemäß Abschnitt 3.

Der Zuschlag bemisst sich pro Arbeitsmonat der technischen Mitarbeiterin/des technischen Mitarbeiters entsprechend 172 Arbeitsstunden einschließlich Urlaub, Erkrankung und Fortbildung.

Der Zuschlag beträgt

bis zu 2 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 21,00 €,

bis zu 4 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 19,50 €,

bis zu 6 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 19,00 €,

bis zu 8 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 15,00 €,

bis zu 15 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 12,00 €,

bis zu 25 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 10,00 €,

bis maximal 30 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 9 €.

Die technischen Mitarbeiter:innen von Personengesellschaften oder juristischen Personen werden den Gesellschafter:innen oder geschäftsführenden Personen, soweit diese bdla-Mitglieder sind, zugerechnet.

Die Zuschläge werden entsprechend der Größenordnung des Büros für alle technischen Mitarbeiter:innen einheitlich erhoben.

3. Angestellte und beamtete Mitglieder

3.1 Der Beitrag für angestellte und beamtete Mitglieder beträgt 170 €.

3.2 Angestellte oder beamtete Mitglieder, die neben ihrer Angestellten- oder Beamtentätigkeit eine selbstständige Tätigkeit im Bereich der Landschaftsarchitektur ausüben und hieraus einen Umsatz von mindestens 30.000 € im Kalenderjahr erzielen, sind verpflichtet, Beiträge wie selbstständige Mitglieder gemäß der Ziffer 2 dieser Beitragsordnung zu zahlen. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit der Bundesgeschäftsstelle des bdla unverzüglich anzuzeigen.

3.3 Teilzeit-Mitarbeiter:innen

Der Beitrag für angestellte und beamtete Mitglieder, die Teilzeit arbeiten (maximal 20 Wochenarbeitsstunden) oder Elternzeit in Anspruch nehmen, oder Arbeitssuchende beträgt 85 €. Dies gilt auch für Neumitglieder.

3.4 Hat sich die Arbeitgeberin/der Arbeitgeber des angestellten Mitglieds gemäß § 2.5 entschieden, die Mitarbeiterin/den Mitarbeiter in die Zuschlagsberechnung für technische Mitarbeiter:innen aufzunehmen, so entfällt der Beitrag des angestellten Mitglieds für den gleichen Zeitraum.

4. Neuaufnahmen

4.1 Der Mitgliedsbeitrag für freischaffende Neumitglieder beträgt 50 % im Eintrittsjahr und in den folgenden drei Kalenderjahren. Dies gilt auch für Mitglieder, die vom Status des beamteten oder angestellten Mitglieds in den Status des selbstständigen Mitglieds wechseln, jedoch nicht für Neumitglieder, die Partner:in/Gesellschafter:in eines bestehenden Mitgliedsbüros werden.

4.2 Der Beitrag für angestellte und beamtete Mitglieder beträgt 85 € im Eintrittsjahr und in den folgenden drei Kalenderjahren.

4.3. Die Mitglieder zahlen für das Kalenderjahr, in dem sie in den bdla eintreten, den Jahresbeitrag gemäß den vorstehend genannten Vorschriften lediglich anteilig für die vollen Kalendermonate ihrer Mitgliedschaft.

5. Senior:innen

5.1 Der Beitrag für Mitglieder, die ihre berufliche Tätigkeit aufgegeben haben, beträgt 85 €. Diese Regelung gilt ab dem ersten des auf die Beendigung der beruflichen Tätigkeit folgenden Kalendermonats.

5.2 Bestandsschutz

Mitglieder, die am 1.1.2006 das 70. Lebensjahr bereits vollendet haben, bleiben beitragsfrei.

6. Ehrenmitglieder und korrespondierende Mitglieder

Ehrenmitglieder und korrespondierende Mitglieder sind beitragsfrei.

7. Beitragsermittlung

Die selbstständigen Mitglieder sind verpflichtet, gegenüber der Bundesgeschäftsstelle wahrheitsgemäß und vollständig gemäß dem ihnen übersandten Beitragsermittlungsformular über die Berechnungsgrundlagen ihres Beitrags Auskunft zu erteilen, wobei der Beschäftigungsstand des Vorjahres zu Grunde zu legen ist. Dieser ist auf Aufforderung der Bundesgeschäftsstelle nachzuweisen oder glaubhaft zu machen. Die Auskunftserteilung muss spätestens bis zum 15. Januar eines Kalenderjahres erfolgen.

Sofern die Auskunft nicht fristgerecht erteilt wurde oder Zweifel an der Richtigkeit der erteilten Auskunft bestehen, ist der bdla berechtigt, für das Mitglied einen Jahresbeitrag festzusetzen, der die Beitragshöhe des Vorjahres um 10 % übersteigt, ohne Berücksichtigung von Beitragsermäßigungen. Das Recht des bdla zur Festsetzung eines Beitrages, der dem tatsächlichen Beschäftigungsstand oder Mitgliedsstatus entspricht, bleibt hiervon unberührt.

8. Fälligkeit des Beitrages

Die Mitgliedsbeiträge sind bis zum 31. Januar des laufenden Kalenderjahres zur Zahlung fällig. Beitragsrückstände sind vom Fälligkeitszeitpunkt an mit 1 % pro Kalendermonat zu verzinsen.

9. Sonderregelungen

Das Präsidium des bdla ist berechtigt, in Härtefällen auf die Beitragserhebung ganz oder teilweise zu verzichten. Ein Rechtsanspruch hierauf besteht nicht. Dazu können die Landesgruppen gehört werden.

Beschlossen vom Beirat des bdla am 15. April 2016 in Eutin, geändert durch den Beirat des bdla am 12. April 2024. Gültig mit Wirkung vom 1. Januar 2025.

Übersicht bdla-Jahresbeiträge

gültig ab 1. Januar 2025

Zusätzlich zu den u.g. Beiträgen sind Landesgruppenbeiträge zu entrichten, deren Höhe bei der jeweiligen Landesgruppengeschäftsstelle erfragt werden kann.

Mitgliedsbeiträge sind bis zum 31. Januar des Beitragsjahres zur Zahlung fällig.

Nachweise für Beitragsermäßigungen sind bis zum 31. März des Beitragsjahres einzureichen.

Mitgliedsbeitrag für selbstständige Mitglieder

Grundbeitrag

Büroinhaber:innen, Gesellschafter:innen, Geschäftsführende juristischer Personen	600,00	€
bei nachgewiesenem Jahresumsatz (Vorjahr) unter 60.000 Euro 50 % des Grundbeitrages	300,00	€

Zuschlag* für technische Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen beträgt:

bis zu	2 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 21,00	€
bis zu	4 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 19,50	€
bis zu	6 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 19,00	€
bis zu	8 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 15,00	€
bis zu	15 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 12,00	€
bis zu	25 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 10,00	€
bis max.	30 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 9,00	€

*Dem selbstständigen Mitglied steht es bei der Berechnung des Zuschlags frei, technische Mitarbeiter:innen, die Mitglied im bdla sind, in die Berechnung des Zuschlags einzubeziehen.

Neuaufnahmen

im Eintrittsjahr und in den folgenden drei Kalenderjahren 50% des berechneten Mitgliedsbeitrags
(im Aufnahmejahr anteilig für die vollen Kalendermonate der Mitgliedschaft)

Mitgliedsbeitrag für angestellte und beamtete Mitglieder

Jahresbeitrag	170,00	€
im Eintrittsjahr und in den folgenden drei Kalenderjahren (im Aufnahmejahr anteilig für die vollen Kalendermonate der Mitgliedschaft)	85,00	€
Teilzeitbeschäftigte (20 h), Arbeitssuchende, Elternzeit in Anspruch Nehmende	85,00	€

Nimmt die Arbeitgeberin/der Arbeitgeber ein angestelltes Mitglied in die Zuschlagsberechnung für technische Mitarbeiter:innen auf, so entfällt der Beitrag des angestellten Mitglieds.	0,00	€
--	------	---

Senior:innen

Mitglieder, die ihre berufliche Tätigkeit aufgegeben haben	85,00	€
--	-------	---

Mitgliederordnung

I. Allgemeines

§ 1 Wahlbund

1. Der »Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen bdl

2. Eine Verpflichtung zur Aufnahme einer antragstellenden Person besteht grundsätzlich nicht.

3. Die Aufnahme von Personen, die im Bereich des Garten- und Landschaftsbaus gewerblich tätig sind, ist ausgeschlossen. Gleiches gilt für Gesellschafter:innen, Geschäftsführer:innen, Angestellte oder freie Mitarbeiter:innen eines in diesem Aufgabenbereich gewerblich tätigen Unternehmens, das nicht ausschließlich eine Forschungs-, Lehr- oder Planungstätigkeit ausübt.

§ 2 Mitgliedschaft

1. Personen, die berechtigt sind, die Berufsbezeichnung »Garten- und Landschaftsarchitektin« bzw. »Garten- und Landschaftsarchitekt« oder »Landschaftsarchitektin« bzw. »Landschaftsarchitekt« zu führen, können nur als ordentliche Mitglieder nach dem in dieser Mitgliederordnung geregelten Aufnahmeverfahren aufgenommen werden.

2. Über die Möglichkeit der Aufnahme außerordentlicher Mitglieder im Sinne des § 4 Abs. 4 der Satzung entscheidet die Landesgruppe nach eigenem freien Ermessen. Bejahendenfalls regelt sich ihre Aufnahme nach dem in dieser Mitgliederordnung geregelten Aufnahmeverfahren.

3. Als korrespondierende Mitglieder können vom Präsidium des bdl

4. Die Ehrenmitgliedschaft kann auf Antrag einer Landesgruppe oder des Präsidiums vom Beirat Persönlichkeiten verliehen werden, die sich um den bdl

5. Als Juniormitglieder können die Landesgruppen nach eigenem Ermessen Studierende und Absolvent:innen der Fachrichtungen der Landschaftsarchitektur, die Mitglied im bdl

II. Aufnahmeverfahren

§ 3 Zuständigkeit

1. Anträge auf Aufnahme als ordentliches oder außerordentliches Mitglied in den bdl

2. Antragstellende, die außerhalb Deutschlands wohnen und tätig sind, können ihre Aufnahme bei der Bundesgeschäftsstelle des bdl

§ 4 Anträge und Bewerbungsunterlagen

1. Die Aufnahme als ordentliches oder außerordentliches Mitglied in den bdla bzw. als Juniormitglied in eine bdla-Landesgruppe erfolgt nur auf Antrag. Für die Antragstellung sind die bei der Bundesgeschäftsstelle des bdla erhältlichen Antragsformulare zu verwenden.
2. Dem Antrag auf Aufnahme als ordentliches Mitglied ist der Nachweis der Eintragung in die Architektenliste beizufügen. Dem Antrag auf Aufnahme als außerordentliches Mitglied sind in der Regel folgende Bewerbungsunterlagen beizufügen:
 - Nachweis des abgeschlossenen Studiums,
 - Darstellung und Nachweis der bisher ausgeübten beruflichen Tätigkeiten.
3. Der antragstellenden Person steht es frei, weitere Unterlagen (Pläne, Wettbewerbsarbeiten, Veröffentlichungen, Fachvorträge usw.) einzureichen.
4. Die Landesgruppe ist verpflichtet, einen bei ihr eingegangenen Aufnahmeantrag einer antragstellenden Person unverzüglich durch Übersendung einer Fotokopie des ausgefüllten Antragsformulars der Bundesgeschäftsstelle des bdla bekannt zu geben.
5. Die für die Aufnahme zuständige Landesgruppe und das Präsidium des bdla sind berechtigt, weitere Unterlagen der antragstellenden Person anzufordern und ergänzende Auskünfte über die antragstellende Person bei Dritten einzuholen.
6. Die Angaben und Unterlagen der antragstellenden Person und die erteilten Auskünfte sind gemäß den datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu behandeln.

§ 5 Aufnahmecommission

1. Für die Prüfung des Aufnahmeantrages ist der Aufnahmecommission der zuständigen Landesgruppe zuständig.
2. Der Aufnahmecommission einer Landesgruppe besteht aus einer ungeraden Zahl von Mitgliedern, mindestens jedoch aus drei ordentlichen Mitgliedern.
3. Der Aufnahmecommission prüft den Aufnahmeantrag binnen drei Monaten seit Eingang bei der zuständigen Landesgruppe unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich zu dem Aufnahmeantrag eingegangenen Stellungnahmen.
4. Aufgrund der Prüfung des Aufnahmeantrages spricht der Aufnahmecommission eine der nachfolgenden Empfehlungen aus:
 - a) Aufnahme der antragstellenden Person als ordentliches oder außerordentliches Mitglied,
 - b) befristete Zurückstellung der Entscheidung über den Aufnahmeantrag bis zu 12 Monaten,
 - c) Ablehnung des Aufnahmeantrages.
5. Der Aufnahmecommission fasst seine Empfehlung mit der einfachen Stimmenmehrheit der Ausschussmitglieder. Die Empfehlung ist schriftlich niederzulegen und unverzüglich der Landesgruppe und der Bundesgeschäftsstelle mitzuteilen.

§ 6 Entscheidung über den Aufnahmeantrag

1. Über den Aufnahmeantrag entscheidet das Präsidium des bdla unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Aufnahmecommissions.
2. Die Entscheidung über den Aufnahmeantrag ist der antragstellenden Person durch die Bundesgeschäftsstelle des bdla unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 7 Rechtsmittel

1. Gegen die Ablehnung eines Aufnahmeantrages kann die antragstellende Person Einspruch einlegen.
2. Der Einspruch ist binnen vier Wochen seit Zugang der Mitteilung an die antragstellende Person bei der Bundesgeschäftsstelle des bdla einzureichen und innerhalb der gleichen Frist zu begründen.
3. Über den Einspruch der antragstellenden Person entscheidet das Präsidium nach Anhörung des Vorsitzenden/der Vorsitzenden der zuständigen Landesorganisation und des Vorsitzenden/der Vorsitzenden des Aufnahmeausschusses. Die Entscheidung des Präsidiums ist der antragstellenden Person schriftlich mitzuteilen.
4. Ein weiteres Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Präsidiums besteht nicht. Die Möglichkeit zur Anrufung der ordentlichen Gerichte durch die antragstellende Person bleibt unberührt.
5. Eine antragstellende Person, deren Aufnahmeantrag abgelehnt wurde, kann vor Ablauf von zwei Jahren seit Mitteilung der ablehnenden Entscheidung keinen neuen Aufnahmeantrag stellen, insbesondere auch nicht bei einer anderen Landesgruppe.

III. Landesgruppenzugehörigkeit

§ 8 Mitgliedschaft in der Landesgruppe

1. Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft im bdla erwirbt die antragstellende Person gleichzeitig die Mitgliedschaft in der Landesgruppe, deren Aufnahmeausschuss den Aufnahmeantrag geprüft hat.
2. Verlegt ein Mitglied seinen Wohn-, Geschäfts- oder Dienstsitz in den Bereich einer anderen Landesgruppe, so kann es durch schriftlichen Antrag an den Landesgruppenvorsitzenden/die Landesgruppenvorsitzende dieser Landesgruppe die Aufnahme in diese Landesgruppe beantragen, und zwar zusätzlich oder anstelle der bisherigen Landesgruppenzugehörigkeit. Über den Antrag entscheidet der Vorstand der Landesgruppe. Dem Antrag ist stattzugeben, wenn nicht schwerwiegende Gründe der Aufnahme entgegenstehen. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Tag der Bekanntgabe der dem Antrag stattgebenden Entscheidung an die antragstellende Person. Der/die Vorsitzende der Landesgruppe ist verpflichtet, die Bundesgeschäftsstelle umgehend über die Entscheidung zu informieren.
3. Die Mitgliedschaft eines Mitgliedes in einer Landesgruppe erlischt mit der Beendigung der Mitgliedschaft im bdla oder wenn das Mitglied den Austritt aus der Landesgruppe erklärt und gleichzeitig nachweist, dass es Mitglied in einer anderen Landesgruppe des bdla geworden ist oder seinen Wohn- und Geschäftssitz ins Ausland verlegt hat.

§ 9 Juniormitglieder

1. Die Landesgruppen sind berechtigt, nach eigenem Ermessen Studierende und Absolvent:innen einer der Fachrichtungen der Landschaftsarchitektur, die Mitglied im bdla werden wollen, als Juniormitglieder aufzunehmen.
2. Juniormitglieder haben das Recht zur Teilnahme an den Mitgliederversammlungen und Zusammenkünften der Landesgruppe und zum Bezug der allgemeinen Mitgliederinformationen des bdla. Die Landesgruppen können den Juniormitgliedern Stimmrecht und aktives Wahlrecht einräumen. Weitergehende Mitgliedsrechte, insbesondere das passive Wahlrecht, stehen den Juniormitgliedern nicht zu.
3. Der Status als Juniormitglied erlischt:
 - a) gemäß entsprechendem Beschluss der Landesgruppe,

- b) mit der Entscheidung über den Aufnahmeantrag des Juniormitglieds als ordentliches oder außerordentliches Mitglied,
 - c) spätestens nach Ablauf von drei Jahren seit erfolgreichem Abschluss eines Studiums der Fachrichtungen der Landschaftsarchitektur, sofern das Juniormitglied bis dahin keinen Aufnahmeantrag auf Mitgliedschaft im bdla gestellt hat, es sei denn, es hat glaubhaft nachgewiesen, dass die Voraussetzungen für eine Eintragung in die Architektenliste ohne eigenes Verschulden noch nicht vorliegen,
 - d) mit der Eintragung in die Architektenliste als Landschaftsarchitekt:in, ohne dass ein Aufnahmeantrag auf Mitgliedschaft im bdla gestellt wurde.
4. Die Landesgruppe ist verpflichtet, die Bundesgeschäftsstelle unverzüglich über die Aufnahme bzw. das Ausscheiden eines Juniormitglieds zu informieren.
5. Beiträge, die von dem Juniormitglied trotz seines Ausscheidens weiterhin an die Landesgruppe gezahlt wurden, können von diesem nur zurückgefordert werden, wenn es nachweist, dass es die Landesgruppe über sein Ausscheiden unverzüglich informiert hat.

IV. Berufsgrundsätze, Informationspflicht und Haftung der Mitglieder

§ 10 Berufsgrundsätze des bdla

Die Mitglieder des bdla anerkennen mit ihrer Aufnahme in den bdla die nachfolgenden Berufsgrundsätze, zu deren Beachtung sie verpflichtet sind:

1. Die Mitglieder des bdla sind verpflichtet, bei der Erfüllung ihrer beruflichen Aufgaben und durch ihr Verhalten gegenüber der Allgemeinheit, ihren Auftraggeber:innen, den Kolleg:innen, den eigenen Auftragnehmer:innen und Mitarbeiter:innen das Ansehen des Berufs des Landschaftsarchitekten/der Landschaftsarchitektin zu wahren und zu mehren.
2. Die Mitglieder des bdla sind verpflichtet, sich laufend weiterzubilden, die fachlichen Kenntnisse, planerischen Fähigkeiten und ihre wirtschaftliche Erfahrung zu erweitern und sich rechtzeitig über die neuesten Regeln der Technik und die einschlägigen gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen zu informieren.
3. Die Mitglieder des bdla, soweit sie freiberuflich tätig sind, sind verpflichtet, die Interessen ihrer Auftraggeber:innen treuhänderisch wahrzunehmen und zu vertreten. Ihnen ist untersagt, von Unternehmen oder Lieferant:innen Provisionen oder sonstige Zuwendungen oder Vergünstigungen anzunehmen, durch die sie in ihrer Unabhängigkeit und bei der treuhänderischen Wahrnehmung der Interessen ihrer Auftraggeber:innen beeinträchtigt werden könnten. Die gleiche Verpflichtung obliegt den Mitgliedern, die als Mitarbeiter:innen freiberuflich tätiger Kolleg:innen tätig sind.
4. Den Mitgliedern des bdla ist es gestattet, durch Veröffentlichungen in Presse, Funk und Fernsehen sowie insbesondere in Fachzeitschriften und Ausstellungskatalogen über den Inhalt und die Ergebnisse ihrer beruflichen Tätigkeit in sachlicher Weise zu berichten und potentiellen Auftraggeber:innen auf Anforderung Referenzarbeiten vorzulegen. Eine marktschreierische Werbung oder herabsetzende Äußerungen über andere Mitglieder des bdla sind den Mitgliedern untersagt; die Verpflichtung zur kritischen Auseinandersetzung mit planerischen Leistungen Dritter bei der Wahrnehmung beruflicher Aufgaben bleibt selbstverständlich unberührt.
5. Den Mitgliedern des bdla ist es untersagt, sich in laufende Vertragsverhandlungen oder bereits bestehende Vertragsverhältnisse mit Dritten hineinzudrängen, ohne ihrerseits vom Auftraggeber/von der Auftraggeberin zur Aufnahme von Vertragsverhandlungen aufgefordert zu sein.

6. Ein Mitglied des bdla darf nur an solchen Wettbewerben als Bewerber:in oder Preisrichter:in teilnehmen, bei denen ein lauterer Leistungsvergleich sichergestellt ist und bei denen in ausgewogener Weise den Belangen von Auslobenden sowie Teilnehmenden Rechnung getragen wird.

7. Die Mitglieder des bdla sollen, sofern sie freiberuflich tätig sind, ihre Leistungen auf Grundlage der jeweils zutreffenden Honorarordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung abrechnen.

8. Den Mitgliedern des bdla ist eine eigene gewerbliche Tätigkeit im Bereich des Garten- und Landschaftsbaus untersagt. Gleiches gilt für eine Beteiligung als Gesellschafter:in, Geschäftsführer:in, Angestellte:r oder freier Mitarbeiter/ freie Mitarbeiterin an einem im Garten- und Landschaftsbau tätigen Unternehmen, das nicht ausschließlich eine Forschungs-, Lehr- oder Planungstätigkeit ausübt.

§ 11 Informationspflicht der Mitglieder

Die Mitglieder sind verpflichtet, Veränderungen, die Einfluss auf ihren Mitgliedsstatus haben, unaufgefordert und unverzüglich der Bundesgeschäftsstelle des bdla und ihrer Landesgruppe mitzuteilen.

§ 12 Haftung der Mitglieder

1. Die Mitglieder haften bei ihrer Tätigkeit für Organe, Einrichtungen und die Landesgruppen des bdla gegenüber diesem nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

2. Mindestens grob fahrlässig handelt ein Mitglied insbesondere dann, wenn es trotz Abmahnung durch die Organe des bdla ein Verhalten fortsetzt, das gegen die Satzung oder die Mitgliederordnung des bdla verstößt.

V. Ausschlussverfahren

§ 13 Ausschließungsgründe

Ein Mitglied kann aus dem bdla insbesondere ausgeschlossen werden, wenn es

1. mit der Zahlung eines Betrages in Höhe eines Jahresbeitrages an den bdla oder seine Landesgruppe in Verzug gerät und die Zahlungsrückstände trotz zweimaliger Mahnung und Ankündigung des Ausschlusses nicht vollständig erbracht worden sind,
2. die Berufsgrundsätze des bdla oder seine Pflichten aus der Satzung oder der Mitgliederordnung des bdla erheblich oder wiederholt verletzt,
3. sich grob rücksichtslos über die Rechte und Interessen anderer bdla-Mitglieder hinwegsetzt,
4. dem Ansehen des bdla oder des Berufsstandes in der Öffentlichkeit Schaden zufügt,
5. Umstände bei seiner Aufnahme in den bdla verschwiegen hat, die seiner Aufnahme entgegengestanden hätten,
6. aus der Architektenkammer ausgeschlossen wird.

§ 14 Antrag auf Ausschluss

1. Der Ausschluss eines Mitgliedes erfolgt lediglich auf Antrag.
2. Antragsberechtigt sind die Organe und Landesgruppen des bdla sowie jedes bdla-Mitglied.
3. Der Antrag auf Ausschluss eines Mitgliedes ist unter Angabe und Glaubhaftmachung der Gründe an die Bundesgeschäftsstelle des bdla zu richten.
4. Die Bundesgeschäftsstelle übersendet Abschriften des Antrages unverzüglich dem betroffenen Mitglied, dem Präsidium des bdla und der Landesgruppe, der das betroffene Mitglied angehört,

verbunden mit der Aufforderung, innerhalb von vier Wochen zu dem Antrag gegenüber der Bundesgeschäftsstelle schriftlich Stellung zu nehmen.

§ 15 Entscheidung über den Ausschließungsantrag

1. Für die Prüfung des Ausschließungsantrages ist der Aufnahmeyausschuss der Landesgruppe zuständig, der das betroffene Mitglied angehört. Kommen danach mehrere Landesgruppen in Betracht, ist die Landesgruppe zuständig, in deren Bereich die antragstellende Person ihren Wohn-, Geschäfts- oder Dienstsitz hat. Sofern nach den vorhergehenden Vorschriften Zweifel an der Zuständigkeit einer Landesgruppe bestehen, wird die zuständige Landesgruppe unter Beachtung der vorstehenden Regelungen durch das Präsidium bestimmt.
2. Über den Ausschließungsantrag des Mitgliedes entscheidet das Präsidium des bdla unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Aufnahmeyausschusses. Sollte innerhalb von drei Monaten seit Mitteilung des Ausschließungsantrages keine Empfehlung des Aufnahmeyausschusses vorliegen, kann das Präsidium über den Ausschließungsantrag nach eigenem Ermessen entscheiden. Dem betroffenen Mitglied soll vor der Entscheidung Gelegenheit zur persönlichen Anhörung gegeben werden. Die Entscheidung auf Ausschluss bedarf der 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmen des Präsidiums.
3. Die Entscheidung über den Ausschließungsantrag kann lauten auf
 - a) Ausschluss des Mitgliedes,
 - b) befristete Zurückstellung des Ausschließungsantrages bis zur Dauer von 12 Monaten,
 - c) Ablehnung des Ausschließungsantrages.
4. Die Entscheidung und ihre Begründung sind dem betroffenen Mitglied, der antragstellenden Person, der Landesgruppe und der Bundesgeschäftsstelle des bdla unverzüglich bekannt zu geben. Der Ausschluss des Mitgliedes, soweit hierüber bestandskräftig entschieden ist, ist unverzüglich in den nächsten Mitgliederinformationen bekannt zu machen.

§ 16 Rechtsmittel

1. Das betroffene Mitglied kann gegen die Entscheidung, durch die es aus dem bdla ausgeschlossen wird, Einspruch einlegen.
2. Für das Einspruchsverfahren gelten die Vorschriften des § 7 Abs. 2 bis 4 entsprechend.

§ 17 Ausschluss eines Organmitgliedes

1. Richtet sich der Ausschließungsantrag gegen ein amtierendes Mitglied des Präsidiums des bdla oder des Vorstandes einer Landesgruppe, so gelten für die Entscheidung über den Antrag ausschließlich die nachfolgenden Bestimmungen.
2. Der Antrag ist zunächst dem Präsidium und dem Justiziar/der Justiziarin des bdla zur Prüfung der formalen Voraussetzungen vorzulegen. Hält das Präsidium nach Anhörung des Justiziar/der Justiziarin die formalen Voraussetzungen mit der Mehrheit der anwesenden Stimmen für nicht gegeben, so lehnt es den Antrag ab. Die mit Gründen versehene Entscheidung ist der antragstellenden Person unverzüglich mitzuteilen.
3. Kommt das Präsidium mit einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmen zur Auffassung, dass die formalen Voraussetzungen für einen Ausschließungsantrag gegeben sind, so ist für die Entscheidung über den Ausschließungsantrag ausschließlich der Beirat des bdla zuständig, dessen Mitglieder in diesem Falle unverzüglich über den Antrag zu informieren sind.

4. Der Beirat entscheidet über den Ausschließungsantrag in gemeinsamer Sitzung, bei der der antragstellenden Person und dem betroffenen Mitglied Gelegenheit zur persönlichen Anhörung zu geben sind, innerhalb von drei Monaten seit Eingang des Antrages bei der Bundesgeschäftsstelle. Für die Entscheidung gilt § 15 Abs. 3 entsprechend. Die Entscheidung auf Ausschluss des Mitgliedes bedarf der 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmen.
5. Die Entscheidung und ihre Begründung sind dem betroffenen Mitglied und der antragstellenden Person unverzüglich bekannt zu geben. § 15 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.
6. Die betroffenen Mitglieder, gegen die sich der Ausschlussantrag richtet, sind bei der Abstimmung ausgeschlossen. Richtet sich ein Ausschließungsantrag mit einheitlicher Begründung gegen mehrere Mitglieder, so sind diese Mitglieder von der Abstimmung ausgeschlossen.
7. Ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Beirates ist nicht gegeben. § 7 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.
8. Der Ausschluss des Mitgliedes gilt gleichzeitig als Abwahl aus dem Organ, dem das Mitglied angehört, ohne dass es noch einer Entscheidung des für die Abwahl zuständigen Organs bedarf.

§ 18 Inkrafttreten

Die vorstehende Mitgliederordnung wurde vom Beirat des bdla in seiner Sitzung am 15. März 1996 beschlossen und zuletzt geändert durch den Beschluss des Beirates vom 31. März 2023.

Satzung

Des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten, Landesgruppe NW

§ 1 Name und Sitz

Der Verein führt den Namen "Bund Deutscher Landschafts-Architekten, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen e.V. (Abk.: BDLA-NW). Er hat seinen Sitz in Duisburg und ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Duisburg eingetragen.

§ 2 Zweck

1. Der BDLA-Nordrhein-Westfalen ist der freiwillige Zusammenschluss von Landschaftsarchitekten als ordentliche Mitglieder sowie von Diplomingenieuren der Landschaftsarchitektur/ Landespflege, die nicht zur Führung der Berufsbezeichnung Landschaftsarchitekt berechtigt sind, und Angehörige anderer Fachdisziplinen, die überwiegend im Bereich der Landschaftsarchitektur/Landespflege tätig sind, sofern sie die Satzung und Berufsgrundsätze des bdla anerkennen, als außerordentliche Mitglieder.

2. Der BDLA-NW dient den fachlichen und wirtschaftlichen Belangen seiner Mitglieder.

3. Der BDLA-NW verfolgt keine religiösen, parteipolitischen oder eigenwirtschaftlichen Zwecke.

4. Der BDLA-NW ist die Landesorganisation des Bundes Deutscher Landschafts-Architekten e.V. mit Sitz in Berlin, im Folgenden BDLA-BUND.

§ 3 Aufgaben

Der BDLA-NW hat insbesondere folgende berufspolitischen Aufgaben:

1. Interessenvertretung in Öffentlichkeit, Politik, Verwaltung, Wirtschaft, bei Körperschaften und Vertretungen anderer Berufe,

2. Wahrnehmung der Interessen im Bereich Umweltschutz, Naturschutz und Landschaftspflege, Landschaftsplanung, Grünordnung und Freiflächenplanung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen des Bundes und der Länder.

3. Beteiligung an der Berufsausbildung und Weiter-

bildung, Förderung der Integration des Berufsnachwuchses und Förderung der Wissenschaft und der Fachliteratur.

4. Zusammenarbeit mit dem BDLA-Bund und anderen nationalen und internationalen Organisationen.

5. Vertretung der Interessen der Mitglieder der BDLA Landesgruppe im Beirat des BDLA-Bund.

Die Wahrnehmung weiterer Aufgaben kann unter Beachtung der Statuten von den Organen der Landesgruppe beschlossen werden.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Der BDLA-NW ist ein Wahlbund. Ein Rechtsanspruch auf Mitgliedschaft besteht nicht.

2. Die Mitgliedschaft kann erworben oder verliehen werden als

- a) ordentliches Mitglied
- b) außerordentliches Mitglied
- c) Juniormitglied
- d) korrespondierendes Mitglied

3. Die Mitgliedschaft muss beantragt werden. Über den Antrag entscheidet der Aufnahmeausschuss. Er besteht aus dem Vorsitzenden des Aufnahmeausschusses und zwei weiteren Vereinsmitgliedern, welches zum Kreis der ordentlichen oder außerordentlichen Vereinsmitglieder gehören und von der Mitgliederversammlung auf zwei Jahre gewählt werden.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Rechte

1.1. Jedes Mitglied des BDLA-NW ist berechtigt,

- a) Anträge an die Organe des BDLA-NW zu stellen,
- b) die jeweiligen Einrichtungen des BDLA-NW in Anspruch zu nehmen,
- c) die ihm zur Verfügung stehenden Einrichtungen anderer Verbände entsprechend den durch die Mitgliedschaft der Landesorganisation gegebenen

Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen.

1.2. Für Mitglieder nach § 4.2. a), b) und c) gelten darüber hinaus die Rechte des BDLA-Bund.

2. Pflichten

2.1. Jedes Mitglied des BDLA ist verpflichtet,

a) Zweck und Aufgaben des BDLA zu fördern und ihm Auskünfte zu erteilen, soweit diese zur Erreichung der Ziele des BDLA notwendig sind.

b) die Berufsgrundsätze des BDLA-Bundes anzuerkennen und einzuhalten.

c) Mitgliedsbeiträge zu zahlen. Näheres regelt die von der Mitgliederversammlung zu beschließende Beitragsordnung.

d) bei Streitigkeiten untereinander vor Einschaltung ordentlicher Gerichte oder der Kammergerichtsbarkeit mit dem Vorstand gemeinsam eine Schlichtung zu versuchen.

e) die jeweils gültige Honorarordnung als Richtlinie einzuhalten.

f) sich bei Wettbewerben an die Vorschriften der jeweils gültigen Grundsätze und Richtlinien für Wettbewerbe auf den Gebieten der Raumplanung, des Städtebaues und des Bauwesens (GRW) zu halten.

3. Jedes Mitglied nach § 4.2. a) ist verpflichtet, die den landesgesetzlichen Bestimmungen entsprechende Berufsbezeichnung mit dem Zusatz "BDLA" zu führen.

4. Jedes Mitglied nach § 4.2. b) ist verpflichtet, die seinem Ausbildungsstand entsprechende Berufsbezeichnung mit dem Zusatz "im BDLA" ohne weitere Zusätze zu führen.

5. Jedes Mitglied nach § 4.2. c) ist berechtigt, die Bezeichnung "Juniormitglied" im BDLA zu führen.

6. Jedes Mitglied nach § 4.2. d) ist berechtigt, die Bezeichnung "korrespondierendes Mitglied des BDLA-NW" zu führen.

Satzung Des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten, Landesgruppe NW

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet

1. durch Tod,
2. durch Austritt,
3. durch Ausschluss.

Die Beendigung der Mitgliedschaft befreit das bisherige Mitglied nicht von seinen vor dem Ausscheiden entstandenen Verpflichtungen gegenüber der Landesgruppe des BDLA-NW und dem BDLA-Bund. Sie gibt ihm keine Ansprüche an das Vermögen des BDLA-NW oder des BDLA-Bundes.

Die Beendigung der Mitgliedschaft durch ein Mitglied ist dem Vorstand des BDLA-NW, dem BDLA-Bund und bei Mitgliedern nach § 4.2. a) auch dem Präsidium des BDLA-Bundes drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres per Einschreiben mitzuteilen.

Mit der Mitgliedschaft im BDLA-NW endet gleichzeitig die Mitgliedschaft im BDLA-Bund.

§ 7 Organe

1. Organe des BDLA-NW sind:

- a) der Vorstand bestehend aus dem Vorsitzenden, zwei Vertretern - einer davon aus dem Bereich Ostwestfalen-Lippe - und dem Schatzmeister (engerer Vorstand) - wählbar sind hierfür nur ordentliche Mitglieder des BDLA-NW, sowie die Beisitzer mit Sonderaufgaben.

Im Vorstand muss mindestens vertreten sein:

- je ein Mitglied aus den Arbeitsgebieten
- ein angestelltes oder beamtetes Mitglied,
- ein Vertreter der außerordentlichen Mitglieder,
- ein Vertreter der Juniormitglieder,
- der Vorsitzende des Aufnahmeausschusses.

Die Amtsdauer der Mitglieder des Vorstands beträgt zwei Jahre, zweimalige Wiederwahl ist möglich.

Die Mitglieder des engeren Vorstands werden jedes Jahr umschichtig gewählt, d.h. jedes Jahr

werden zwei Mitglieder neu gewählt.

b) die Mitgliederversammlung

2. Die Mitglieder der Organe nach § 7.1 a) bleiben jeweils bis zur Neuwahl im Amt.

3. Sämtliche Mitglieder der Organe nach § 7.1. sind ehrenamtlich tätig. Ihre Reisekosten und baren Auslagen werden nach Beschluss der Mitgliederversammlung vergütet.

4. Der Vorsitzende kann auf Beschluss der Mitgliederversammlung eine Aufwandsentschädigung erhalten.

5. Sämtliche Mitglieder der Organe unterliegen hinsichtlich der Übernahme von Aufträgen im Rahmen ihrer Berufsausübung keinerlei Einschränkungen.

6. Über jede Sitzung der Organe und über deren Beschlüsse sind Niederschriften anzufertigen, die durch den Vorsitzenden bzw. in seiner Vertretung vom Sitzungsleiter und einem von der Versammlung gewählten Protokollführer zu unterzeichnen sind.

7. In den Organen sind die Mitglieder gem. § 4 Ziff. 2 a), b) und c) stimmberechtigt.

§ 8 Arbeitskreise

Arbeitskreise sind besondere Arbeitsgremien, die nach den Regeln der Geschäftsordnung auf Antrag von der Mitgliederversammlung eingesetzt und bestimmt werden.

§ 9 newsletter BDLA-NW

Der newsletter der Landesgruppe wird in unregelmäßigen Abständen den Mitgliedern und weiteren Interessierten per Email zugestellt.

§ 10 Aufgaben des Vorstands

1. Leitung des BDLA-NW im Rahmen der Satzung und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung. Sollten diese nicht rechtzeitig herbeigeführt werden können, ist eine vorläufige Beschlussfassung durch den engeren Vorstand möglich.

2. Vorbereitung und Ausarbeitung von Anträgen für die Mitgliederversammlung und für die Beiratsarbeit des BDLA-Bundes über.

- a) berufspolitische Grundsatzfragen,
- b) Einrichtung von Arbeitskreisen und Ausschüssen,
- c) Kassenführung, Haushaltsplan und Beitragsgestaltung,
- d) Satzungsänderungen,
- e) Honorar- und Vertragswesen,
- f) Ordnungsregelungen, die aus der Satzung resultieren,
- g) die Berufung von korrespondierenden Mitgliedern.

3. Überwachung der Arbeit der Geschäftsstelle und Vorbereitung des Haushaltsplans.

4. Ausübung des Rügerechts gegenüber allen Mitgliedern des BDLA-NW bei Verstoß gegen die Berufsgrundsätze.

Der BDLA-NW wird durch ein Mitglied des engeren Vorstands gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Der engere Vorstand ist zugleich Vorstand im Sinne des § 26 Abs. 2 BGB.

Der Vorsitzende beruft und leitet die Sitzungen des Vorstands und der Mitgliederversammlung.

Der Vorsitzende oder sein Stellvertreter nehmen die Belange des BDLA-NW im Beirat des BDLA-Bundes wahr.

Der Schatzmeister hat bei allen Entscheidungen des Vorstands und der Mitgliederversammlung ein Vetorecht in Haushaltsfragen.

Satzung

Des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten, Landesgruppe NW

§ 11 Mitgliederversammlung

1. Aufgaben der Mitgliederversammlung sind:

1.1. Wahl des Vorstands

1.2. Bestellung der Rechnungsprüfer

1.3. Bestellung und Entlassung des Landesgeschäftsführers

1.4. Berufung der Arbeitskreise und Ausschüsse

1.5. Beschlussfassung über

- a) berufspolitische Grundsatzfragen,
- b) Kassenführung, Haushaltsplan und Beitragsgestaltung,
- c) Satzungsänderung des BDLA-NW,
- d) Ordnungsregelungen, die aus der Satzung resultieren,
- e) Entlastung des Vorstands,
- f) Berufungen und Ernennungen.

1.6. Beschlussfassung über Anträge an den Beirat des BDLA-Bund.

2. Die ordentliche Mitgliederversammlung findet zweimal jährlich statt. Die Einladung erfolgt durch den Vorsitzenden und muss fünf Wochen vor der Sitzung schriftlich den Mitgliedern zugestellt werden; sie erhält eine vorläufige Tagesordnung. Anträge zur Tagesordnung sind mindestens drei Wochen vor der Sitzung der Geschäftsstelle einzureichen. In besonderen Fällen hat der Vorsitzende auf Antrag der einfachen Mehrheit des Gesamtvorstands oder 1/3 aller Mitglieder eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen.

Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksichtnahme auf die Zahl der anwesenden ordentlichen Mitglieder beschlussfähig.

3. Beschlussvorlagen zur Tagesordnung, die nicht fristgerecht eingereicht wurden, können bei Mehrheit der anwesenden Mitglieder behandelt und beschlossen werden, sofern es sich nicht um Anträge zur Änderung der Satzung handelt.

4. Satzungsänderungen können von der Mitgliederversammlung

nur mit einer Mehrheit von 2/3 der abgegebenen gültigen Stimmen der ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder beschlossen werden.

Entsprechende Anträge sind allen Mitgliedern vor der Mitgliederversammlung zuzustellen.

Die Tagesordnung muss durch einen entsprechenden Tagesordnungspunkt auf die geplante Satzungsänderung hinweisen.

Satzungsänderungen sind dem BDLA-Bund umgehend zur Kenntnis zu geben.

§ 12 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 13 Auflösung des BDLA-NW

1. Die Auflösung des BDLA-NW kann nur von der Mitgliederversammlung beschlossen werden. Dahingehende mit einer Begründung zu versiehende Anträge müssen durch mindestens ein Drittel der ordentlichen Mitglieder unterstützt und dem Vorstand zugeleitet werden.

Dieser hat die Mitgliederversammlung einzuberufen.

Der BDLA-NW wird aufgelöst, wenn mindestens 3/4 der anwesenden ordentlichen Mitglieder für die Auflösung stimmen. Es muss offen abgestimmt und das Ergebnis protokolliert werden.

2. Bei Auflösung des BDLA-NW werden die noch unerledigten Angelegenheiten durch den Vorstand abgewickelt. Es kann ein Liquidator bestellt werden.

3. Das Vermögen geht an den BDLA-Bund über.

Vorstehende Satzung wurde von der Mitgliederversammlung des BDLA Nordrhein-Westfalen am 21.6.1994 in Gelsenkirchen beschlossen und verabschiedet, beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 28.11.2006 in Bochum, zuletzt beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 16.11.2016 in Bochum, Eintrag im Vereinsregister am 09.06.2017

Beitragsordnung des Bund Deutscher Landschaftsarchitekten bdla Landesgruppe Nordrhein-Westfalen e.V.

§ 1 Festsetzung und Erhebung der Mitgliedsbeiträge

1. Die Mitglieder des bdla Nordrhein-Westfalen (bdla NRW) sind verpflichtet, zusätzlich zu den Mitgliedsbeiträgen an den bdla – Bundesverband, Mitgliedsbeiträge an den bdla NRW gemäß den nachstehenden Vorschriften zu entrichten.
2. Die Mitgliedsbeiträge für den bdla NRW sind für die ordentlichen und die außerordentlichen Mitglieder über einen festen Prozentsatz linear an die Mitgliedsbeiträge des bdla – Bundesverband gekoppelt.
3. Die Mitgliedsbeiträge für den bdla NRW werden von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit festgesetzt. Änderungen der Beitragssätze des bdla – Bundesverbandes wirken sich auch ohne Änderung der Beitragsordnung des bdla NRW auf die zu zahlenden Beiträge aus. Ein bestätigender Beschluss der Mitgliederversammlung des Landesverbandes ist nicht notwendig.
4. Der Landesverband des bdla NRW beauftragt den bdla - Bundesverband, die Landesverbandsbeiträge zusätzlich zum Bundesbeitrag zu erheben und an den Landesverband abzuführen.

§ 2 Beitragssatz

1. Selbständige Mitglieder zahlen als Landesgruppenbeitrag 50 % des Grundbeitrags, den sie an den bdla Bundesverband gemäß der jeweils aktuellen Beitragsordnung des Bundesverbandes zu entrichten haben.
2. Angestellte/ beamtete Mitglieder zahlen als Landesgruppenbeitrag 50% des Beitrags, den sie an den bdla-Bundesverband gemäß der jeweils aktuellen Beitragsordnung des Bundesverbandes zu entrichten haben.
3. Senioren zahlen als Landesgruppenbeitrag 100 % des Beitrags, den sie an den bdla-Bundesverband gemäß der jeweils aktuellen Beitragsordnung des Bundesverbandes zu entrichten haben.

§ 3 Festsetzung und Erhebung der Beiträge für Juniormitglieder

1. Für Juniormitglieder wird ein pauschaler Landesbeitrag erhoben.
2. Juniormitglieder entrichten einen jährlichen Beitrag
 - a) Studierende in Höhe von 25,00 €
 - b) Absolventinnen und Absolventen bis zu 3 Jahre nach Studienabschluss in Höhe von 75,00 €Zum Nachweis des Studiums sind regelmäßig aktuelle Immatrikulationsbescheinigungen der Hochschule vorzulegen.
3. Die Beiträge der Juniormitglieder werden von der Landesgeschäftsstelle erhoben; sie sind bis zum 30. Juni des laufenden Kalenderjahres zur Zahlung fällig.
4. Juniormitglieder bekommen einen bereits für das laufende Jahr gezahlten Beitrag seitens des Landesverbandes anteilig erstattet, wenn sie ordentliches oder außerordentliches Mitglied werden.

§ 4 Fälligkeit des Beitrags

Die Fälligkeit des Landesbeitrags ergibt sich aus der aktuell geltenden Regelung zur Fälligkeit des Bundesbeitrags durch den bdla - Bundesverband.

§ 5 Inkrafttreten

Die vorstehende Beitragsordnung tritt mit Wirkung zum 01. Januar 2022 in Kraft.

Beschlossen am 08.03.2021 von der Mitgliederversammlung des bdla NRW.

Beitragsübersicht bdla NRW gültig ab 01.01.2022

1. Mitgliedsbeitrag für selbständige Mitglieder	Bund	NRW
1.1 Büroinhaber, Gesellschafter, Geschäftsführer juristischer Personen	600,00 €	300,00 €
1.2 Partner im bdla	300,00 €	150,00 €
1.3 bei nachgewiesenem Jahresumsatz (Vorjahr) unter 60.000 €	300,00 €	150,00 €

Im Eintrittsjahr und in den folgenden drei Kalenderjahren 50% des berechneten Mitgliedsbeitrags (im Aufnahmejahr anteilig für die vollen Kalendermonate der Mitgliedschaft).

3. Mitgliedsbeitrag für Beamte und Angestellte	Bund	NRW
3.1 Jahresbeitrag	170,00 €	85,00 €
3.2 im Eintrittsjahr und den folgenden drei Kalenderjahren (im Aufnahmejahr anteilig für volle Kalendermonate der Mitgliedschaft)	85,00 €	42,50 €
3.3 Teilzeitbeschäftigte (bis einschl. 20h), Arbeitssuchende und Elternzeit In Anspruch Nehmende.	85,00 €	42,50 €

4. Mitgliedsbeitrag für Senioren	Bund	NRW
4.1 Mitglieder, die ihre berufliche Tätigkeit aufgegeben haben	85,00 €	85,00 €

5. Mitgliedsbeitrag für Juniormitglieder	NRW
5.1 Studierende	25,00 €
5.2 Absolventinnen und Absolventen bis zu 3 Jahre nach Studien-Abschluss	75,00 €

AUFNAHMEORDNUNG DES BUND DEUTSCHER LANDSCHAFTSARCHITEKTEN, LANDESGRUPPE NW

I. Aufnahmeverfahren

1. Wahlbund

Der BDLA-NW ist ein Wahlbund aus qualifizierten Landschaftsarchitekten und Diplom-Ingenieuren der Landespflege, entsprechend § 2.1 der Satzung. Nur unbescholtene natürliche Personen können die Mitgliedschaft erwerben. Eine Verpflichtung zur Aufnahme besteht nicht.

2. Berufsbezeichnung

a) Antrag auf Aufnahme als ordentliches Mitglied können Personen stellen, die gemäß § 2 (1) Architektengesetz NW berechtigt sind, die Berufsbezeichnung "Landschaftsarchitekt" zu führen. Für die Aufnahme gelten die entsprechenden Bestimmungen der Aufnahmeordnung des BDLA-Bundes.

b) Antrag auf Aufnahme als außerordentliches Mitglied können alle Personen stellen, die die Voraussetzung für die Eintragung in die Architektenliste gem. § 4 (1) Architektengesetz NW, in Verbindung mit § 1 (3) - (5) Architektengesetz NW erfüllen.

Die Berufsausbildung zu 2 b) ist durch Vorlage des Abschlusszeugnisses einer deutschen Hochschule oder Fachhochschule nachzuweisen.

bb) Antrag auf Aufnahme als außerordentliches Mitglied können auch Angehörige anderer Fachdisziplinen stellen, die überwiegend im Bereich der Landschaftsarchitektur/Landespflege tätig sind, sofern sie die Satzung und die Berufsgrundsätze des bdla anerkennen und sich an diese halten

c) Personen, die berechtigt sind, die Berufsbezeichnung "Landschaftsarchitekt" zu führen, müssen die ordentliche Mitgliedschaft beantragen.

3. Anträge

Der Antrag auf Aufnahme nach 2a) und 2b) ist auf Formblätter des BDLA-Bundes an den Vorsitzenden des BDLA-NW zu richten.

Das Antragsformular kann von der Geschäftsstelle des Landesverbandes angefordert werden.

4. Anerkennung der Berufsgrundsätze

Durch Unterzeichnung des Aufnahmeantrages erkennt der Antragsteller die Berufsgrundsätze des BDLA-NW und des BDLA-Bundes an und verpflichtet sich, diese einzuhalten.

5. Bewerbungsunterlagen

Für Bewerbungen ist nach Aufforderung durch den BDLA-NW bzw. dessen Aufnahmeausschuss der Aufnahmeantrag durch weitere Unterlagen zu ergänzen.

6. Aufnahmeausschuss

Der Aufnahmeausschuss des BDLA-NW muss aus mindestens zwei Mitgliedern bestehen. Er hat über den Aufnahmeantrag binnen drei Monaten seit Antragstellung zu entscheiden.

7. Entscheidung

Über den Antrag ist durch Abstimmung zu entscheiden: es genügt die einfache Stimmenmehrheit.

Die Entscheidung lautet auf:

- a) Annahme,
- b) befristete Zurückstellung
- c) Ablehnung des Antrages

Abstimmung und Stellungnahme des Aufnahmeausschusses sind zu protokollieren. Der Beschluss ist dem Vorsitzenden des BDLA-NW zurückzugeben. Dieser unterrichtet den Antragsteller über den Beschluss. Bei Anträgen gem. Ziffer 2 a) wird der Beschluss mit einer Kopie des Schreibens an den Antragsteller, an die Bundesgeschäftsstelle des BDLA zugestellt werden.

8. Rechtsmittel

Die Entscheidung über den Antrag wird dem Antragsteller vom Vorsitzenden des BDLA-NW zugestellt. Gegen die Ablehnung kann der Antragsteller beim Vorsitzenden der Landesgruppe NW binnen vier Wochen Einspruch einlegen. Der Vorstand entscheidet über den Einspruch eines Antragstellers nach dessen Anhörung.

Es bleibt dem Antragsteller unbenommen, zu einem späteren Zeitpunkt erneut einen Aufnahmeantrag zu stellen, vorausgesetzt, dass nicht schwerwiegende Gründe in der Ablehnung des Antrages eine erneute Bewerbung unmöglich machen.

II. Juniormitglieder

Der BDLA-NW kann Studenten und Absolventen deutscher Universitäten, Fach- und Gesamthochschulen der Fachrichtung Landespflege als Juniormitglied aufnehmen. Der Juniormitgliedsstatus ist mit allen Rechten und Pflichten der Mitgliedschaft – ausgenommen Stimmrecht, Antragsrecht und Wählbarkeit – verbunden. Die Juniormitgliedszeit ist auf höchstens drei Jahre nach Abschluß des Studiums beschränkt.

Sobald das Juniormitglied die Berechtigung erworben hat, gemäß § 2 (1) Architektengesetz NW die Berufsbezeichnung "Landschaftsarchitekt" zu führen, muss die Aufnahme als ordentliches Mitglied beantragt werden.

Bei Bewerbungen von Juniormitgliedern um eine Mitgliedschaft gilt das Aufnahmeverfahren gem. Ziffer I. der Aufnahmeordnung.

III. Korrespondierende Mitglieder

Der BDLA/NW kann korrespondierende Mitglieder aufnehmen. Der Status eines korrespondierenden Mitgliedes ist mit allen Rechten und Pflichten der Mitgliedschaft – ausgenommen Stimmrecht, Antragsrecht und Wählbarkeit – verbunden.

Der Antrag auf Aufnahme in den BDLA/NW als korrespondierendes Mitglied ist an den Vorstand zu richten.

IV. Ausschlussverfahren

1. Für das Ausschlussverfahren (§ 6 Ziff. 3 der Satzung) gelten die vorstehenden Bestimmungen des Aufnahmeverfahrens, insbesondere die Ziffern 1, 8 und 9 sinngemäß.

2. Über den Ausschluss entscheiden der Vorstand des BDLA-NW und die Mitglieder des Aufnahmeausschusses des BDLA-NW mit 2/3 Mehrheit.

3. Antragsberechtigt ist jedes ordentl. Mitglied des BDLA-Bundes: innerhalb des BDLA-NW auch jedes außerordentliche Mitglied des BDLA-NW.

4. Die Entscheidung lautet auf

- a) Ausschluss,
- b) Ablehnung des Ausschlussantrages

5. Die Entscheidung über ein Mitglied 4.2 a ist dem BDLA-Präsidium über die Bundesgeschäftsstelle bekanntzugeben.

6. Gegen die Entscheidung ist der Einspruch zulässig, Ziffer 1,9 gilt dementsprechend.

Beschlossen von der Mitgliederversammlung des BDLA-NW am 5.12.1988 in Essen, geändert durch den Beschluss der Mitgliederversammlung am 18.06.1997 in Gelsenkirchen, geändert auf der Mitgliederversammlung am 28.11.2006 in Bochum, zuletzt geändert auf der Mitgliederversammlung am 16.11.2016 in Bochum,

GESCHÄFTSORDNUNG DES BUNDES DEUTSCHER LANDSCHAFTSARCHITEKTEN, LANDESGRUPPE NW

I. Mitgliederversammlung

§ 1

Sitzungen

Näheres regelt § 9,2 der Satzung

§ 2

Sitzungsleitung

(1) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden geleitet. Bei seiner Verhinderung übernimmt ein Stellvertreter den Vorsitz. Sind Vorsitzender und beide Stellvertreter verhindert, so kann die Versammlung aus ihrer Mitte mit einfacher Mehrheit einen Versammlungsleiter wählen.

(2) Wird im Laufe einer Mitgliederversammlung ein neuer Vorsitzender gewählt, leitet der scheidende Vorsitzende die Sitzung bis zu ihrem Ende weiter.

§ 3

Nichtöffentlichkeit

(1) Die Sitzungen der Mitgliederversammlung sind nicht öffentlich.

(2) Die Mitgliederversammlung kann Gästen die Anwesenheit gestatten.

§ 4

Schriftführer

Nach der Eröffnung ist ein Schriftführer zu bestimmen, soweit das Protokoll nicht vom Geschäftsführer geführt wird.

§ 5

Tagesordnung

(1) Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

(2) Anträge zur Tagesordnung richten sich nach § 9 der Satzung. Dringlichkeitsanträge zur Tagesordnung können mit einfacher Mehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder zugelassen werden.

(3) Anträge auf Vertagung sind jederzeit zulässig; über sie wird mit einfacher Mehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder entschieden.

§ 6

Aussprache und Anträge

(1) Der Vorsitzende hat über jeden Tagesordnungspunkt eine Aussprache zuzulassen.

(2) Das Wort wird in der Reihenfolge der Meldungen erteilt. Das Wort zur sachlichen Richtigstellung kann sofort erteilt werden. Die Richtigstellung darf nur kurz und auf die Sache eingehend erfolgen.

(3) Liegen mehrere Anträge zu einem Tagesordnungspunkt vor, so ist zunächst der weitestgehende Antrag festzustellen und darüber abzustimmen. Bei Annahme dieses Antrages entfallen weitere Abstimmungen über diesen Punkt.

(4) Über Anträge zur Geschäftsordnung ist ohne weitere Aussprache sofort zu beschließen. Ein Antrag zur Geschäfts-

ordnung auf sofortigen Schluß der Debatte bedarf der 2/3-Mehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder.

§ 7

Beschlußfassung

(1) Die Mitgliederversammlung beschließt über die ihr im § 9 der Satzung zugewiesenen Aufgaben grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder.

(2) Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

(3) Satzungsändernde Anträge sind gemäß § 9.4 der Satzung zu behandeln.

(4) Beantragt ein Mitglied geheime Abstimmung, so muß schriftlich abgestimmt werden. Nicht beschriebene Stimmzettel gelten als Enthaltung. Nicht ordnungsgemäß ausgefüllte Stimmzettel sind ungültig.

§ 8

Wahlen

(1) Wahlen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn sie als Antrag auf der Tagesordnung vorgesehen sind.

(2) Wahlvorschläge sind bis zur Abstimmung zulässig.

(3) Vor der Wahl ist zu prüfen, ob die zur Wahl vorgeschlagenen Kandidaten die Voraussetzungen erfüllen, die satzungsgemäß verlangt werden.

(4) Jedes Mitglied hat das Recht, die Kandidaten zu befragen.

(5) Die Abstimmung erfolgt schriftlich.

(6) Bei der Abstimmung entscheidet im ersten Wahlgang die einfache Mehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder. Wird diese nicht erreicht, entscheidet in einem zweiten Wahlgang die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen der anwesenden ordentlichen Mitglieder.

§ 9

Nachwahlen

Wird eine Neuwahl während einer laufenden Amtsperiode erforderlich, gilt die Neuwahl nur bis zum Ablauf dieser Amtsperiode.

§ 10

Niederschriften

(1) Die Niederschriften gemäß § 7, Ziff. 6 der Satzung sollen enthalten:

- a) den Ort und Tag der Sitzung,
- b) die Namen der erschienen und entschuldigt fehlenden Mitglieder,
- c) Vor- und Zuname des Sitzungsleiters und des Schriftführers,
- d) Feststellung der satzungsgemäßen Einberufung der Sitzung,
- e) Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung,
- f) die Tagesordnung,
- g) die gestellten Anträge, sowie die gefaßten Beschlüsse und Wahlen; dabei soll das Abstimmungsergebnis ziffern-

mäßig genau wiedergegeben werden. Gewählte Vorstandsmitglieder sollen nach Vor- und Zunamen bezeichnet werden,

h) die Unterschrift eines Vorstandsmitgliedes.

(2) Die Niederschrift muß genehmigt werden. Die Mitglieder erhalten eine Abschrift der Niederschrift. Diese gilt als genehmigt, wenn nicht spätestens auf der nächsten Sitzung Einspruch erhoben wird. Bei Einspruch gegen die Niederschrift wird sie auf dieser Sitzung genehmigt.

II. Vorstand

§ 11

Sitzungsleitung

Die Sitzung des Vorstandes leitet der Vorsitzende, im Falle seiner Verhinderung einer seiner Vertreter.

§ 12

Nichtöffentlichkeit

Es gilt sinngemäß § 3.

§ 13

Schriftführer

Es gilt sinngemäß § 4.

§ 14

Niederschriften

Es gilt sinngemäß § 10.

§ 15

Beschlußfassung

(1) Die Beschlüsse des Vorstandes werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der erschienen Mitglieder gefaßt.

(2) Die Beisitzer haben grundsätzlich Stimmrecht.

**Beschlossen am 5.12.1988 in Essen,
geändert durch Beschluß der
Mitgliederversammlung des BDLA
NW am 27.11.1990.**

BERUFSGRUNDSÄTZE DES BUNDES DEUTSCHER LANDSCHAFTSARCHITEKTEN, LANDESGRUPPE NW e.V.

Für die Mitglieder im BDLA-NW gelten entsprechend der Satzung folgende Berufsgrundsätze:

1. Der Beruf als Landschaftsarchitekt und Diplom-Ingenieur der Landschaftspflege erfordert umfassende planerische, gestalterische, ökologische, technische und wirtschaftliche Kenntnisse und Fähigkeiten. Das Mitglied im BDLA hat sich beruflich fortzubilden.

2. Das Mitglied des BDLA-NW hat sich durch sein Verhalten gegenüber der Allgemeinheit, seinen Auftraggebern, seinen Auftragnehmern, seinen Mitarbeitern und Kollegen der Achtung und des Vertrauens würdig zu zeigen, die sein Beruf genießt.

3. Das Mitglied des BDLA-NW ist durch seinen Beruf Ratgeber und Treuhänder seines Auftraggebers. Es vertritt außerdem die Interessen des Naturschutzes und der Landschaftspflege vor dem Auftraggeber und weiteren an der Planung Beteiligten. Auftretende Konflikte zwischen Allgemein- und Privatinteressen sind deutlich zu machen.

4. Die Mitglieder im BDLA-NW nehmen nur an solchen Wettbewerben als Bewerber oder Preisrichter teil, die in Übereinstimmung mit der gültigen Wettbewerbsordnung ausgeschrieben sind. Im Falle der Sperrung eines Wettbewerbes durch den BDLA-Bund oder eines seiner Landesverbände ist ihre Beteiligung nicht möglich.

5. Honorare für Mitglieder im BDLA-NW sind nach der geltenden Gebührenordnung zu vereinbaren.

6. Das Mitglied im BDLA-NW wirbt durch seine Leistung und enthält sich bei der Ausübung seines Berufes jeder unlauteren Werbung. Indirekte Werbung entsprechend des Berufsgrundsatzes VIII, der Architektenkammer-NW ist als gleichzeitige Werbung für die Arbeit des gesamten Berufes gestattet und erwünscht. Formen einer unzulässigen Werbung sind dem Berufsgrundsatz VIII, der Architektenkammer-NW zu entnehmen.

7. Ein Mitglied im BDLA-NW darf sich in angebaute oder bereits bestehende Vertragsverhältnisse nicht einschalten, wenn er Kenntnis davon hat, daß Auftragsverhandlungen bereits mit einem anderen Kollegen

über das gleiche Bauvorhaben vorausgegangen sind.

Will ein Bauherr den Architekten wechseln, so darf der nachfolgende Architekt den Auftrag nur übernehmen, wenn er sich bei dem Bauherrn und bei dem ersten Architekten überzeugt hat, daß das Auftragsverhältnis beendet ist.

8. Bei beruflichen Streitigkeiten unter Kollegen gelten die Bestimmungen der Satzung (§ 5.2, 1 d)

9. Das Mitglied im BDLA-NW versucht nicht, sich durch Annahme oder Zuwendung von Provisionen, Geldgeschenken o.ä. Vorteile zu verschaffen. Es ist verpflichtet seine Kollegen und Mitarbeiter zu gleichem Verhalten anzuhalten.

10. Die Mitglieder im BDLA-NW haben sich entsprechend der gesetzlichen Regelungen und der von ihm gewählten Tätigkeitsform ausreichend gegen Haftpflichtansprüche zu versichern.

Beschlossen von der Mitgliederversammlung des BDLA NW am 5. 12. 1988 in Essen.